Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension & „Reha“

- Keine Gewähr auf Richtigkeit oder Vollständigkeit! -
Wir übernehmen keine Haftung für Vollständigkeit, Korrektheit und Aktualität, da dieses Dokument eine unverbindliche Orientierungshilfe zur Selbsthilfe darstellt.

Ein Antrag auf Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension gilt (leider) vorrangig immer als Antrag auf Rehabilitation. Daher wird zuerst geprüft, ob die Möglichkeit einer beruflichen Rehabilitation besteht; erst danach wird über eine allfällige Pensionszuerkennung entschieden.

Grundlage für die Entscheidung, ob Invalidität/ Berufsunfähigkeit vorliegt, bildet eine ärztliche Begutachtung, bei der die Leistungsfähigkeit des Antragstellers/der Antragstellerin in seinem/i ihrem Beruf festgestellt werden soll.

Seit 1. Jänner 2014 kann ein Antrag auf Feststellung gestellt werden, ob Invalidität oder Berufsunfähigkeit voraussichtlich dauerhaft vorliegt, oder in absehbarer Zeit eintreten wird.

→ **Zuverdienst:**

Während einer Berufsunfähigkeits-, Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension kann bis zur Geringfügigkeitsgrenze (500,91 Euro pro Monat) dazuverdient werden, ohne dass sich die Höhe der Pension ändert.

Weitere Informationen:

https://www.oesterreich.gv.at/themen/menschen_mit_behinderungen/pension_und_behinderung/Seite.1280500.html#:~:text=W%C3%A4hrend%20einer%20Berufsunf%C3%A4higkeits%2D%2C%20Invalidit%C3%A4ts%2D,die%20H%C3%B6he%20der%20Pension%20%C3%A4ndert.

Übersicht:

Unterschied zwischen Invaliditäts- und Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspension?	3
Links für Selbständige und Bauern!.....	3
Für Geburtsjahrgänge bis 1963:.....	3
Für Geburtsjahrgänge ab 1964 (ab 1. Jänner 2014):.....	4
Was ist die berufliche Rehabilitation?.....	5
Welche beruflichen Maßnahmen gibt es?.....	5
Was ist der Berufsschutz?.....	6
Welche Auswirkung hat der Berufsschutz?	6
Was passiert, wenn man keinen Berufsschutz hat?	7
Was ist das Umschulungsgeld?	7
Wie hoch ist das Umschulungsgeld?.....	7
Aktive Teilnahme und Umschulungsgeld?.....	8
Was ist die Medizinische Rehabilitation?	8
Was ist das Rehabilitationsgeld und wie hoch ist es?.....	9
Wie lange ist die Wartezeit (Mindestversicherungszeit) für die Pension?	9
Wartezeit bei Berufskrankheit?	10
ME/CFS in Verbindung mit Long Covid als Berufskrankheit?	10
Weitere Besonderheit ab dem 50. Lebensjahr – "Härtefallregelung"	12
Besonderheit ab dem 60. Lebensjahr	12
Rechtliche Mittel gegen den Bescheid der Pensionsversicherung:.....	13

Unterschied zwischen Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspension?

Abhängig von der Berufsgruppe (Arbeiter, Angestellte, Selbstständige und Bauern) gibt es unterschiedliche Begriffe.

Für die Arbeiter gilt der Begriff "Invalidität", für die Angestellten "Berufsunfähigkeit" und für die Selbstständigen und Bauern „Erwerbsunfähigkeit“.

Links für Selbstständige und Bauern!

https://www.oesterreich.gv.at/themen/menschen_mit_behinderungen/pension_und_behinderung/Seite.1280220.html

<https://www.svs.at/cdscontent/load?contentid=10008.763858&version=1643362825>

Für Geburtsjahrgänge bis 1963:

Voraussetzungen für den **Anspruch auf berufliche Rehabilitation:**

1. Die Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit dauert voraussichtlich sechs Monate oder länger an,
2. die Wartezeit (Mindestversicherungszeit) ist erfüllt und
3. am Stichtag sind noch nicht die Voraussetzungen für eine Alterspension erfüllt.

Anspruch auf Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension hat eine Person, wenn zusätzlich

4. kein Anspruch auf berufliche Rehabilitation besteht, oder diese Maßnahmen nicht zweckmäßig bzw. nicht zumutbar sind.

Zuerkennungsmöglichkeiten nach einem Antrag sind daher:

- Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension für max. 2 J. befristet
 - Nach Ablauf der Befristung, ist die Pension auf Antrag für längstens zwei weitere Jahre zuzuerkennen, wenn weiterhin Invalidität/Berufsunfähigkeit besteht. Keine Unterbrechung tritt dabei ein, wenn die Weitergewährung binnen drei Monaten nach dem Pensionswegfall beantragt wird.
- Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension unbefristet
 - Wenn eine dauernde Invalidität/Berufsunfähigkeit angenommen wird.
- Berufliche Rehabilitation (Übergangsgeld)

Für Geburtsjahrgänge ab 1964 (ab 1. Jänner 2014):

Wann bekommt man Rehabilitationsgeld oder Umschulungsgeld?

Bei **vorübergehender Invalidität/Berufsunfähigkeit**, wird – abhängig von medizinischen oder beruflichen Maßnahmen – Rehabilitations- oder Umschulungsgeld gewährt!

Anspruch auf Rehabilitationsgeld besteht dann, wenn

1. Invalidität/Berufsunfähigkeit voraussichtlich im Ausmaß von mindestens sechs Monaten vorliegt und
2. berufliche Maßnahmen der Rehabilitation nicht zweckmäßig, oder nicht zumutbar sind.

→ **Berufliche Rehabilitation**

Anspruch auf Umschulungsgeld besteht dann, wenn

1. Invalidität/Berufsunfähigkeit voraussichtlich im Ausmaß von mindestens sechs Monaten vorliegt oder in absehbarer Zeit vorliegen wird,
2. Berufsschutz vorliegt,
3. berufliche Maßnahmen der Rehabilitation zweckmäßig und zumutbar sind und
4. an den in Betracht kommenden beruflichen Maßnahmen der Rehabilitation aktiv teilgenommen wird.

→ **Medizinische Rehabilitation**

Eine versicherte Person hat **Anspruch auf Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension**, wenn

1. die Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit voraussichtlich dauerhaft vorliegt,
2. berufliche Maßnahmen der Rehabilitation nicht zweckmäßig oder nicht zumutbar sind,
3. die Wartezeit (Mindestversicherungszeit) erfüllt ist und
4. am Stichtag noch nicht die Voraussetzungen für eine Alterspension erfüllt sind.

Zuerkennungsmöglichkeiten nach einem Antrag sind daher:

- Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension unbefristet
- Medizinische Rehabilitation (Rehabilitationsgeld)
- Berufliche Rehabilitation (Umschulungsgeld)

Was ist die berufliche Rehabilitation?

Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation sollen Betroffenen ermöglichen, wieder in ihrem früheren Beruf oder in einem anderen Arbeitsbereich tätig zu werden. Hierbei wird unter anderem die bisherige Tätigkeit und Qualifikation berücksichtigt.

Grundsätzlich darf es zu keiner beruflichen Rehabilitation "nach unten" kommen. Nur mit Zustimmung des/der Betroffenen kann eine Ausbildung zu einer Berufstätigkeit mit niedrigerem Qualifikationsniveau durchgeführt werden.

Welche beruflichen Maßnahmen gibt es?

Es gibt Maßnahmen, die den Arbeitsplatz erhalten sollen, aber auch Aus- und Weiterbildungsangebote.

Zu den Leistungen der beruflichen Rehabilitation zählen, u.a.:

- Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes
- Förderung der Arbeitsaufnahme
- Maßnahmen zur Berufsfindung
- berufliche Anpassung, Fortbildung, Ausbildung und Umschulung
- Adaption des Arbeitsplatzes

Pensionsversicherungsträger/ Sozialversicherungsträger:

Der zuständige Pensionsversicherungsträger/ Sozialversicherungsträger stellt fest, ob eine berufliche Rehabilitation zweckmäßig und zumutbar (→ Rücksicht auf z.B. Obsorgepflichten) sind.

Dieser stellt ebenfalls fest, für welches Berufsfeld die versicherte Person durch diese Maßnahmen qualifiziert werden kann. Der ausgestellte Bescheid enthält drei Rehabilitationsberufe.

→ Der/Die Versicherte **muss zur aktiven Teilnahme** an der beruflichen Rehabilitation bereit sein!

Arbeitsmarktservice (AMS):

Dem AMS obliegt die Berechnung, Gewährung und Auszahlung des Umschulungsgeldes. Außerdem legt das AMS Umschulungsmaßnahme / Maßnahme der beruflichen Rehabilitation fest.

Was ist der Berufsschutz?

Berufsschutz erlangt man,

1. wenn innerhalb der letzten **15 Jahre vor dem Stichtag**
2. in **zumindest 90 Pflichtversicherungsmonaten** (7,5 Jahre)
3. eine erlernte (angelernte) Berufstätigkeit oder eine Erwerbstätigkeit als Angestellte/Angestellter ausgeübt wurde.

Liegen zwischen Ende der Ausbildung und dem Stichtag mehr als 15 Jahre, verlängert sich dieser Zeitraum um Zeiten des Wochengeldbezuges, Präsenz-, Ausbildungs- oder Zivildienstes und der Kindererziehung um Monate des Bezuges von Übergangsgeld sowie um höchstens 60 Monate des Bezuges von Rehabilitationsgeld und Umschulungsgeld.

Wenn zwischen Ende der Ausbildung und dem Stichtag weniger als 15 Jahre liegen:

Dann muss man für den Berufsschutz, zumindest in der Hälfte der Kalendermonate & mindestens für 12 Pflichtversicherungsmonate, einer Erwerbstätigkeit in einem erlernten (angelernten) Beruf oder als Angestellte/Angestellter vorliegen.

Als "Ende der Ausbildung" gelten:

- Der Abschluss eines Lehrberufes
- Der Abschluss einer mittleren oder höheren Schulausbildung oder Hochschulausbildung
- Der Abschluss einer dem Schul- oder Lehrabschluss vergleichbaren Ausbildung
- Jedenfalls der Beginn einer erlernten (angelernten) Berufstätigkeit oder Erwerbstätigkeit als Angestellte/Angestellter

→ Richtwert: min. 2 Jahre Ausbildungszeit! / min. 2.000h Ausbildungszeit

Angelernter Beruf: Für jene angelernte Berufe, für die kein entsprechender Lehrberuf vorgesehen ist, soll Berufsschutz gewährt werden, wenn damit gleichartige und gleichwertige qualifizierte Kenntnisse verbunden sind.

→ Im Falle eines angelernten Berufs, werden die angelernten Fähigkeiten überprüft!

Welche Auswirkung hat der Berufsschutz?

Die Arbeitsfähigkeit wird dann nur mit gesunden Versicherten „verglichen“, die eine ähnliche Ausbildung und gleichwertige Kenntnisse und Fähigkeiten haben.

Als invalid oder berufsunfähig gilt man daher, wenn man **weniger als die Hälfte** der gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und

Fähigkeiten leisten kann.

Was passiert, wenn man keinen Berufsschutz hat?

Invalidität bei Ausübung nicht erlernter (nicht angelernter) Berufe:

Die „Vergleichsgruppe“ besteht dann aus ALLEN gesunden Versicherten JEDER Berufsgruppe (die theoretisch von dem/der Betroffenen ausgeübt werden könnte)!

Invalidität oder Berufsunfähigkeit liegt dann vor, wenn die/der Betroffene nicht mehr imstande ist, durch eine solche zumutbare Tätigkeit **wenigstens die Hälfte des Entgeltes** zu erwerben, die ein gesunder Versicherter durch diese Tätigkeit zu erzielen pflegt.

Liegt kein Berufsschutz vor, so sind die Voraussetzungen für einen Anspruch auf berufliche Maßnahmen der Rehabilitation bei Invalidität/Berufsunfähigkeit dann erfüllt, wenn die versicherte Person

1. **12 Pflichtversicherungsmonate** aufgrund einer Erwerbstätigkeit in einem erlernten oder angelernten Beruf bzw. als Angestellte/r **innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Stichtag**
oder
2. mindestens **36 Pflichtversicherungsmonate** aufgrund einer solchen Erwerbstätigkeit **in den letzten 15 Jahren vor dem Stichtag**

erworben hat.

Was ist das Umschulungsgeld?

Personen, für die festgestellt wurde, dass ein Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitation besteht, haben Anspruch auf Umschulungsgeld, wenn sie zur aktiven Teilnahme bereit sind.

Das Umschulungsgeld **gebührt ab der Feststellung des Pensionsversicherungsträgers**, wenn der Antrag **binnen vier Wochen** beim zuständigen Arbeitsmarktservice gestellt wird, **ansonsten ab dem Tag der Antragstellung**.

Wie hoch ist das Umschulungsgeld?

- Höhe während der Auswahl- und Planungsphase: in Höhe des Arbeitslosengeldes
- Höhe während der Maßnahme: Arbeitslosengeld plus 22%; jedoch mindestens den Ausgleichszulagen-Richtsatz (siehe <https://www.ams.at/arbeitsuchende/arbeitslos-was-tun/massgebliche-werte>)

Aktive Teilnahme und Umschulungsgeld?

Die „**aktive Teilnahme**“ ist Voraussetzung für das Umschulungsgeld: Bedeutet, dass die Betroffenen mitarbeiten und nicht nur passiv anwesend sind.

- Erstmaliger Verstoß gegen Mitwirkungspflicht: Anspruchsverlust für 6 Wochen
- Zweiter Verstoß: Anspruchsverlust für 8 Wochen

Was ist die Medizinische Rehabilitation?

Die medizinische Rehabilitation soll, nach Unfall oder Krankheit, die körperliche oder psychische Leistungsfähigkeit wiederherstellen.

Voraussetzungen:

1. Vorübergehende Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit für mindestens 6 Monate
2. Maßnahmen notwendig und zumutbar (-
3. Maßnahmen zur Wiederherstellung der Arbeitskraft zweckmäßig (d.h. berufliche Rehabilitation nicht zweckmäßig)

Versorgungsplan:

Nach einer entsprechenden Bedarfserhebung soll ein individueller **Versorgungsplan** erstellt werden. Versicherte sollen sich regelmäßig Begutachtungen im Kompetenzzentrum Begutachtung unterziehen (spätestens nach einem Jahr Überprüfung im Kompetenzzentrum).

- Es besteht **Mitwirkungspflicht!**
Daher ist es leider unbedingt nötig, sich möglichst an den Versorgungsplan zu halten. Bei Verletzung der Mitwirkungspflicht wird das Rehabilitationsgeld für die Dauer der Weigerung entzogen.
- Es ist jedoch einen Versuch wert, sich bei falscher medizinischer Behandlung ein **Facharztschreiben** einzuholen, um beispielsweise eine Bewegungstherapie möglichst zu verhindern.

Die medizinischen Maßnahmen der Rehabilitation können folgende Leistungen erfassen:

- Unterbringung in Krankenanstalten, die vorwiegend der Rehabilitation dienen (Rehabilitationszentren).
- Maßnahmen der ambulanten Rehabilitation (nur nach § 302 ASVG)

→ Die Gewährung von ärztlicher Hilfe sowie die Versorgung mit Heilmitteln und Heilbehelfen, sofern diese im ursprünglichen Zusammenhang mit dem Rehabilitationsaufenthalt stehen.

Was ist das Rehabilitationsgeld und wie hoch ist es?

Das Rehabilitationsgeld gebührt für die Dauer der von der Pensionsversicherung festgestellten, vorübergehenden Invalidität.

→ Es gebührt frühestens **ab dem Monatsersten, der auf die Antragstellung** zur Gewährung einer Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension **folgt**.

Längstens ein Jahr nach Zuerkennung des Rehabilitationsgeldes oder der letzten Begutachtung erfolgt eine Überprüfung, ob vorübergehende Invalidität/Berufsunfähigkeit noch vorliegt.

Das Rehabilitationsgeld wird vom Krankenversicherungsträger zwölf Mal jährlich ausbezahlt.

- Es beträgt die Höhe des **Krankengeldes** aus der letzten Erwerbstätigkeit und **ab dem 43. Tag im Ausmaß des erhöhten Krankengeldes**.
Zumindest wird das Rehabilitationsgeld in der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende gewährt. 2021 beträgt der Richtsatz EUR 1.000,48.
- 2020 betrug das durchschnittliche Rehabilitationsgeld EUR 1.396.

Wie lange ist die Wartezeit (Mindestversicherungszeit) für die Pension?

Versicherungszeiten abfragen:

<https://www.pv.at/cdscontent/?contentid=10007.707587&portal=pvportal>

<https://www.neuespensionskonto.at/pensionskonto/>

Diese Voraussetzung für eine Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension ist gegeben, wenn mindestens

→ **180 Beitragsmonate** (15 Beitragsjahre) **der Pflichtversicherung** (dazu zählen pro Kind auch bis zu 24 Monate des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld) **oder freiwilligen Versicherung oder**

→ **300 Versicherungsmonate** (25 Versicherungsjahre) am Pensionsstichtag vorliegen.

Die zeitliche Lagerung der Monate ist dabei in beiden Fällen unerheblich.

Die Wartezeit ist auch erfüllt, wenn:

- **Pensionsstichtag liegt vor dem 50. Geburtstag:**

60 Versicherungsmonate (5 Versicherungsjahre) in den letzten 120 Kalendermonaten (10 Jahre) vor dem Stichtag „gesammelt“

- **Pensionsstichtag liegt nach dem 50. Geburtstag:**

Die Wartezeit von 60 Versicherungsmonaten (5 Versicherungsjahre) innerhalb von 120 Kalendermonaten (10 Kalenderjahre) ...

... **verlängert** sich **für jeden weiteren Lebensmonat** um jeweils einen **Versicherungsmonat** bis zur Höchstgrenze von 180 Versicherungsmonaten (15 Versicherungsjahre).

Die **Rahmenzeit** von 120 Kalendermonaten **erhöht** sich entsprechend **um jeweils zwei Kalendermonate für jeden weiteren Lebensmonat** bis zum Höchstausmaß von 360 Kalendermonaten.

- **Versicherungsfall vor dem 27. Lebensjahr:**

Die Wartezeit gilt auch dann als erfüllt, wenn der Versicherungsfall vor dem 27. Lebensjahr eingetreten ist und bis dahin **mindestens sechs Versicherungsmonate (ausgenommen Selbstversicherung gem. § 16a ASVG)** erworben wurden.

Beitragszeiten „hinzukaufen“:

Schul- und Studienzeiten werden als Beitragszeiten der freiwilligen Versicherung berücksichtigt, wenn sie eingekauft wurden.

Wenn auch Monate einer **Selbstversicherung** gem. § 16a ASVG gekauft wurden, zählen höchstens 12 davon für die Erfüllung der Wartezeit.

Wartezeit bei Berufskrankheit?

Die Wartezeit entfällt, falls ein **Arbeitsunfall**, eine **Berufskrankheit** oder eine **anerkannte Schädigung während des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes** beim österreichischen Bundesheer die Ursache der Invalidität/Berufsunfähigkeit ist.

ME/CFS in Verbindung mit Long Covid als Berufskrankheit?

Tritt **ME/CFS in Verbindung mit Long Covid** auf, ist es einen **Versuch** wert, diese als Berufskrankheit anerkennen zu lassen. Besonders in Gesundheitsberufen und eventuell in

Berufen mit besonders viel Kundenkontakt könnte Long Covid als Berufskrankheit anerkannt werden. → Am Antrag ausfüllen.

Weitere Besonderheit ab dem 50. Lebensjahr – "Härtefallregelung"

War die versicherte Person nicht überwiegend in erlernten oder angelernten Berufen oder als Angestellte/Angestellter tätig, so gilt sie – unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Beeinträchtigung – als invalid bzw. berufsunfähig, wenn sie

1. mindestens 50 Jahre alt ist,
2. mindestens **12 Monate unmittelbar vor dem Stichtag arbeitslos** war,
3. mindestens **360 Versicherungsmonate, davon 240 Beitragsmonate** der Pflichtversicherung aufgrund einer Erwerbstätigkeit, erworben hat und
4. nur mehr **Tätigkeiten mit geringstem Anforderungsprofil** ausüben kann und ein Arbeitsplatz – unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Beeinträchtigung in einer entsprechenden Entfernung vom Wohnort – innerhalb eines Jahres nicht erlangt werden kann.

Besonderheit ab dem 60. Lebensjahr

Als invalid oder berufsunfähig gilt auch die versicherte Person, die

1. mindestens 60 Jahre alt ist, wenn sie
2. infolge von Krankheit, etc. außerstande ist,
3. einer **Tätigkeit**, die sie **in den letzten 180 Kalendermonaten vor dem Stichtag mindestens 120 Kalendermonate hindurch ausgeübt hat**, nachzugehen.

Dabei sind zumutbare Änderungen dieser Tätigkeit zu berücksichtigen.

Fallen in den Zeitraum der letzten 180 Kalendermonate (15 Jahre) vor dem Stichtag

- Zeiten des Bezuges einer Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeitspension oder des Bezuges von Übergangsgeld, verlängert sich der Zeitraum von 180 Kalendermonaten um diese Monate.
- Monate des Bezuges von Rehabilitationsgeld oder Umschulungsgeld, so verlängert sich der genannte Zeitraum um diese Zeiten, jedoch höchstens um 60 Monate.
- Monate des Bezuges von Krankengeld, so sind diese im Höchstausmaß von 24 Monaten – sofern sie aus der den Tätigkeitsschutz begründenden Erwerbstätigkeit resultieren – auf die genannten 120 Monate anzurechnen.

Rechtliche Mittel gegen den Bescheid der Pensionsversicherung:

→ **Bei Unzufriedenheit über die Gewährung die Invaliden- oder Berufsunfähigkeitspension oder „Reha“:**

Innerhalb der **dreimonatigen Frist** kann eine **Klage beim Arbeits- und Sozialgericht** (→ in der Regel) eingebracht werden.

Informationen unter folgendem Link:

https://www.oeziv.org/rechtsdatenbank/pensionen/verfahren_klagemoeglichkeit_bei_negativem_bescheid

Die Klage ist kostenlos und kann jederzeit während des Verfahrens zurückgezogen werden, wenn ersichtlich ist, dass sie nicht erfolgreich sein wird. Danach gibt es eine 12-monatige Sperrfrist.

Wo ist die Klage einzubringen?

- Schriftlich beim Pensionsversicherungsträger, der den Bescheid erlassen hat
- Schriftlich oder mündlich (Protokollarklage) beim zuständigen Landesgericht als Arbeits- und Sozialgericht
- Mündlich beim jeweils zuständigen Bezirksgericht. In diesem Fall hat das Bezirksgericht die Protokollarklage an das zuständige Landesgericht als Arbeits- und Sozialgericht weiterzuleiten.

Ablauf nach der Klage:

1. Untersuchung bei gerichtlichen Sachverständigen des jeweiligen Fachgebietes
 2. Mündliche Verhandlung
 3. Entscheidung in der Regel schriftlich mittels Urteil
- Die Klage wird entweder abgewiesen oder der Klage wird stattgegeben.

Musterklage:

Bitte an zuständiges Gericht adressieren!

https://wien.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitsrecht/pension/klagsmuster/Klagsmuster_in_Rehabilitations-_Pensionsverfahren.html

→ **Sperrfrist nach Ablehnung/ Entziehung:**

Wurde ein Antrag auf Invaliden-/Berufsunfähigkeitspension oder „Reha“ abgelehnt, oder eine Invaliden-/Berufsunfähigkeitspension entzogen, folgt eine **18-monatige Sperrfrist**.

→ Jedoch kann ein erneuerter Antrag gestellt werden, wenn eine **wesentliche Änderung des zuletzt festgestellten Gesundheitszustandes**, z.B. durch neue Befunde, bescheinigt wird.